iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
SEPTEMBER 2026

ENTSCHEIDENDER BAUSTEIN FÜR WACHSTUM UND VORSORGE

INTERVIEW
Europa bleibt einer der engsten Handelspartner Minnesotas

Seite 2

NIEDERÖSTERREICH
Tag der NÖ Industrie: Wachstum braucht Reformen

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

KLIMAGESETZ
Gold Plating der Superlative

Seite 4

„Europa bleibt einer der engsten Handelspartner Minnesotas“

Tim Walz ist seit 2019 Gouverneur von Minnesota. Im Interview spricht der Demokrat darüber, wie er die Wettbewerbsfähigkeit seines Bundesstaats stärkt – und über die Herausforderung für die Wirtschaft, wenn Washington „engste Verbündete wie Gegner behandelt“.

Tim Walz ist Gouverneur von Minnesota.

Als Gouverneur hat die Wettbewerbsfähigkeit Minnesotas als Wirtschaftsstandort für Sie Priorität. Mit welchen konkreten Maßnahmen sorgt Ihre Regierung dafür, dass der Bundesstaat wettbewerbsfähig bleibt – etwa in den Bereichen Steuern, Fachkräfteentwicklung oder Infrastruktur?
Tim Walz: Minnesota zu einem hervorragenden Wirtschaftsstandort zu machen ist eine meiner obersten Prioritäten. Dafür konzentrieren wir uns auf die Rahmenbedingungen, die für Unternehmen am wichtigsten sind: ein starkes Investitions- und Innovationsklima, den Aufbau eines qualifizierten Arbeitskräftepools sowie langfristige Investitionen in die Infrastruktur.

Einer der größten Schritte, die wir unternommen haben, ist die Auflage des Minnesota Forward Fund – diese 390-Millionen-Dollar-Initiative stärkt unsere Position im Wettbewerb um große Expansionsprojekte, indem wir Unternehmen, die an unserem Standort wachsen wollen, Zuschüsse, Kredite und erlassbare Darlehen bieten. Über unsere gesamten Förderprogramme hinweg – einschließlich des Minnesota Forward Fund, des Job Creation Fund und des Minnesota Investment Fund – haben wir allein im Jahr 2025 mehr als 164 Millionen Dollar investiert, um 69 Unternehmen beim Wachstum zu unterstützen und Tausende neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Wettbewerbsfähigkeit Minnesotas zu sichern bedeutet auch, in die Menschen zu investieren. Deshalb haben wir den Zugang zu leistbarer Kinderbetreuung ausgebaut, den Zugang zu Lehrstellen erweitert und Community Colleges sowie die berufliche Weiterbildung für viele junge Menschen kostenlos zugänglich gemacht. Mit unserem Drive for 5 Workforce Fund qualifizieren wir Arbeitskräfte gezielt für Mangelberufe in den Bereichen Technologie, Industrie, Bildung, Pflege und Handwerk.

Die Infrastruktur ist ein weiterer Eckpfeiler unserer starken Wirtschaft, und hier haben wir Rekordinvestitionen getätigt. Im Jahr 2026 hat meine Regierung ein anleihenfinanziertes Investitionspaket im Umfang von 1,2 Milliarden Dollar verabschiedet, um die kritische Wasserinfrastruktur zu stärken, wichtige Verkehrskorridore zu sichern und das Gemeinwesen in ganz Minnesota zu unterstützen. Diese Investition bildete den Höhepunkt von acht Jahren und über acht Milliarden Dollar an Infrastrukturinvestitionen während meiner Amtszeit als Gouverneur – einschließlich des historischen Infrastrukturgesetzes von 2023 über 2,6 Milliarden Dollar, des größten in der Geschichte unseres Bundesstaats.

Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand der transatlantischen Beziehungen – und welche Bedeutung hat die EU für die Vereinigten Staaten und für Minnesota?
Das von der Trump-Administration verursachte Chaos eröffnet europäischen Ländern und US-Bundesstaaten die Chance, ihre direkte Zusammenarbeit wiederzubeleben. Die Bundesstaaten verfügen über weitreichende Autonomie, um ihre Volkswirtschaften zu gestalten, Unternehmen zu unterstützen und starke regionale Handelsbeziehungen aufzubauen.

Europa bleibt einer der engsten Handelspartner Minnesotas, und wir schätzen Geschäftsbeziehungen mit Ländern, die unser Bekenntnis zu Innovation, wirtschaftlichen Chancen und demokratischen Werten teilen. Viele der Stärken Minnesotas stimmen eng mit den Prioritäten Europas überein. Minnesota ist weltweit führend in der Medizintechnik und im Gesundheitswesen – als Gründungsort von Medtronic und der Mayo Clinic bieten nur wenige andere Standorte eine derart dynamische Mischung aus Start-ups, Branchenführern der Medizintechnik, klinischer Expertise sowie Forschung und Entwicklung im Bereich der Life Sciences. Wir haben einige der ambitioniertesten Richtlinien für saubere Energie in den USA verabschiedet und fördern gezielt das Wachstum bei erneuerbaren Energien, modernen Werkstoffen und nachhaltigen Flugkraftstoffen. Darüber hinaus ist Minnesota weltweit führend in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung – von Dünge- und Futtermitteln bis hin zur Herstellung von Präzisionsmaschinen.

US-Bundesstaaten sind die Motoren für Innovation und Wirtschaftswachstum, und Minnesota ist bestrebt, Partnerschaften zu vertiefen, die auf beiden Seiten des Atlantiks neue Chancen eröffnen.

In welche Richtung wird sich die US-amerikanische Wirtschaft Ihrer Meinung nach entwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Midterms?
Die Vereinigten Staaten waren wirtschaftlich immer dann am erfolgreichsten, wenn wir in die Menschen investiert, Innovationen gefördert und den Unternehmen die nötige Planungssicherheit gegeben haben, um zu wachsen. Derzeit sorgt jedoch das, was aus Washington kommt, für erhebliche Volatilität. Die größte Herausforderung für die US-Wirtschaft ist kein Mangel an Talenten oder Ideen – es ist die Instabilität. Unternehmen tätigen keine langfristigen Investitionen, wenn sich die Handelspolitik täglich ändert, unsere engsten Verbündeten wie Gegner behandelt werden oder das Regieren im Krisenmodus zur Norm wird. Diese Unsicherheit erschwert es massiv, Personal einzustellen, zu investieren und zu wachsen.

Minnesota hat einen anderen Ansatz gewählt. Wir haben langfristig in unsere Arbeitskräfte, unsere Infrastruktur und unsere Gemeinden investiert, denn Unternehmen brauchen die Gewissheit, dass sich die Regeln nicht von heute auf morgen ändern – und dass der Staat ein verlässlicher Partner ist.

Ehrungen

15 Jahre an der Spitze der IV

Vor 15 Jahren wurde Christoph Neumayer von Veit Sorger als Generalsekretär der Industriellenvereinigung berufen – ein Jubiläum, das im Haus der Industrie gebührlich gefeiert wurde.

Christoph Neumayer leitete zehn Jahre lang den Bereich Marketing & Kommunikation, bevor er am 11. April 2011 vom damaligen IV-Präsidenten Veit Sorger zum Generalsekretär berufen wurde. Zum Schwarzenbergplatz 4 führte Neumayer ein Weg, der im ORF-Newsroom begann, wo er als ständiger freier Mitarbeiter der ORF-Minderheitenredaktion, später als Redakteur und Chef vom Dienst mit dem Schwerpunkt Innenpolitik und EU tätig war und sich auch als Betriebsrat engagierte. 1995 erhielt er mit der Redaktion den Claus-Gatterer-Journalistenpreis.

Anfang September wurde Neumayers Jubiläum im Haus der Industrie mit einem hohen Aufgebot prominenter Gratulanten aus Wirtschaft und Politik gefeiert. Es wird heuer nicht die letzte Jubiläumsfeier der IV bleiben: Den Verein selbst gibt es seit 1946 und damit seit 80 Jahren.

Ehrenzeichen für Markus Beyrer

Markus Beyrer wurde im Haus der Industrie mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.

BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer erhielt das Große Silberne Ehrenzeichen aus den Händen von Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer; dieser überreichte ihm die Auszeichnung im Rahmen eines Festakts für Beyrers Verdienste um die Republik Österreich und insbesondere um die österreichische Industrie und den Wirtschaftsstandort. Die Ehrung fand mit dem Haus der Industrie an einem Ort statt, mit dem Beyrer eng verbunden ist: Von 2004 bis 2011 war er selbst Generalsekretär der Industriellenvereinigung und gestaltete über viele Jahre österreichische Industriegeschichte mit. Seit Ende 2012 steht er an der Spitze von BusinessEurope in Brüssel, dem europäischen Arbeitgeber- und Industriedachverband. Zu dem Festakt im Haus der Industrie waren zahlreiche Weggefährtinnen und Wegbegleiter Beyrers gekommen.

Fotos: IV

Ohne Kapitalmarkt keine Weltmarktführer

Österreich kann Ideen. Was fehlt, ist das Kapital, sie hier zu Ende zu denken – bei jungen Unternehmen genauso wie bei etablierten.

Es ist ein Dilemma, das wir schon lange erleben: Europa hat Ideen, Österreich nicht weniger; an Universitäten, in Forschungszentren, in Werkshallen entstehen Technologien, die weltweit gefragt sind – das Problem beginnt, wenn daraus etwas Großes werden soll. Dann fehlt das nötige Kapital, und mit ihm die Chance, den Erfolg dort zu behalten, wo er entstanden ist. Das ist kein Startup-Problem – es ist ein Standortproblem, und es betrifft ein etabliertes Industrieunternehmen, das seine nächste Produktionslinie automatisieren will, genauso wie ein zwei Jahre altes Tech-Unternehmen mit den ersten zahlenden Kunden: Beide brauchen Kapital, das über den klassischen Bankkredit hinausgeht; beide treffen in Österreich auf einen Kapitalmarkt, der gut, aber dafür im Vergleich zu dünn ist.

Eine kleine, offene, exportstarke Volkswirtschaft hat keine Wahl zwischen Innovation und Stillstand. Der Heimmarkt ist zu klein für ein eigenes Wachstumsmodell, Wohlstand entsteht hier über den Verkauf im Ausland. Sobald ein Wettbewerber billiger, schneller oder digitaler produziert, ist die Antwort nicht Kostensenkung, sondern die nächste technologische Stufe. Und Innovation in diesem Sinn ist nicht nur die Gründung, sondern auch die Investition eines siebzig Jahre alten Maschinenbauers in eine neue Fertigungstechnologie oder der Sprung eines Mittelständlers vom nationalen Nischenanbieter zum europäischen Marktführer. All das bindet Kapital über Jahre und trägt Risiko, das eine Bankbilanz nicht tragen will. Wer nur über Wagniskapital für Startups spricht, greift zu kurz – die Lücke liegt in der Wachstums- und Transformationsfinanzierung quer durch alle Unternehmensgrößen.

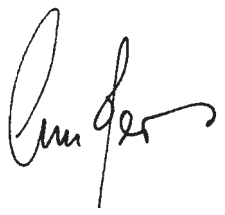
Der geplante Scale-up-Dachfonds, der sich auch in der Industriestrategie findet, setzt an der richtigen Stelle an: Öffentliches Geld bündelt privates Kapital und fließt in professionelle Wachstumsfonds, die Eigenkapital statt Kredit bereitstellen. Er kann mehr sein als das nächste Förderinstrument – wenn unabhängige Profis Investitionsentscheidungen treffen und nicht Interessenvertretungen im Streit um Anteile.

Ein Dachfonds allein löst das Standortproblem aber nicht. Was es zusätzlich braucht:

- Eine Behaltefrist in der Kapitalertragsteuer. Wer Aktien oder Fondsanteile über mehrere Jahre hält, sollte den Kursgewinn am Ende steuerfrei stellen können. Das lenkt Kapital dorthin, wo es Unternehmen wirklich beim Wachsen hilft, statt es in kurzfristigen Umschichtungen zu binden.
- Mehr Aktien in Pensionskassen und Abfertigungskassen. Österreichisches Vorsorgekapital ist reichlich vorhanden und wird traditionell zu vorsichtig veranlagt. Eine stärkere Aktienquote in der kapitalgedeckten Vorsorge brächte dieses Geld näher an heimische Wachstumsunternehmen.
- Steuerlich attraktivere Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Sie bindet Beschäftigte an den Erfolg ihres Unternehmens und macht Eigenkapital zu einer Quelle, die nicht nur institutionelle Anleger kennen.
- Tempo bei der europäischen Kapitalmarktunion. Ein fragmentierter EU-Kapitalmarkt schadet gerade kleinen, offenen Volkswirtschaften am meisten, weil sie am stärksten auf grenzüberschreitendes Kapital angewiesen sind.

Ohne gestärkten Kapitalmarkt wird es immer schwieriger mit dem Wirtschaftswachstum. Patente, Talente und gute Geschichten stammen dann weiter von hier, Produktion, Gewinne und strategische Entscheidungen liegen woanders. Ein Kapitalmarkt, der auch etablierten Unternehmen Eigenkapital für den nächsten großen Schritt bietet, ist für eine Volkswirtschaft, die vom Export lebt, essenziell. Er ist die Voraussetzung dafür, dass das, was hier erfunden wird, auch hier groß werden darf.

Ihr



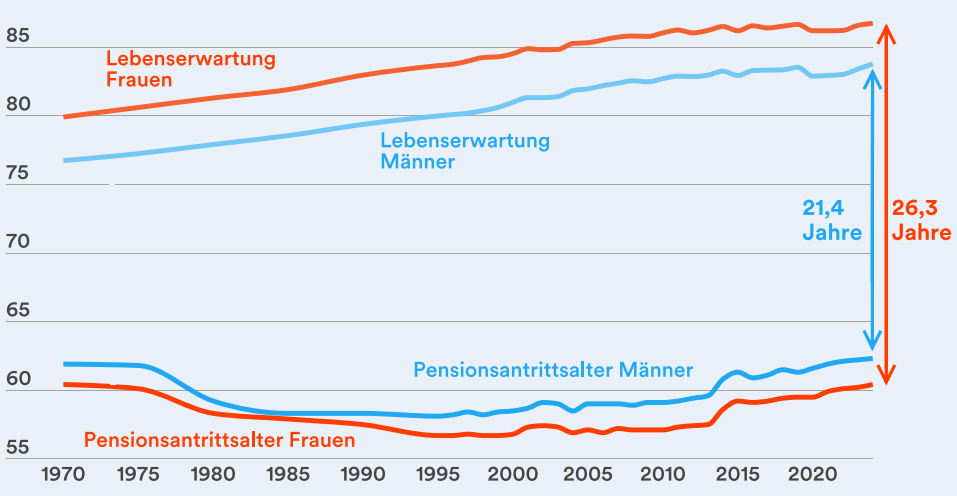
Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Das faktische Pensionsantrittsalter hat sich zwischen 1970 und 2024 nur wenig verändert – Männer gingen 1970 mit 61,9 Jahren in Pension, 2024 mit 62,3; bei Frauen blieb der Wert mit 60,4 Jahren praktisch gleich. Die Lebenserwartung mit 65 Jahren stieg im selben Zeitraum hingegen deutlich stärker: So stieg sie bei Männern von 76,8 auf 83,8 Jahre sowie bei Frauen von 80,0 auf 86,7 Jahre an, jeweils rund 7 Jahre mehr. Daraus ergibt sich eine erwartete Pensionsbezugsdauer von aktuell 21,4 Jahren bei Männern und 26,3 Jahren bei Frauen; 1970 waren es noch 14,9 bzw. 19,6 Jahre. Für die gesetzliche Pensionsversicherung, die nach dem Umlageverfahren finanziert wird, ist das ein zentraler Kostentreiber. Zusätzlich verschärft wird die Lage dadurch, dass die geburtenstarken Jahrgänge nun sukzessive in Pension gehen, während gleichzeitig weniger jüngere Erwerbstätige nachrücken, um das Umlagesystem zu finanzieren.

Österreicher sind immer länger in Pension

Lebenserwartung mit 65 Jahren und Pensionsantrittsalter nach Geschlecht bis 2024, in Jahren



Quellen: Statistik Austria, Selektiv

Zahl des Monats

13,5 Mrd. Euro

Auf diese Summe steigen Österreichs gesamtstaatliche Zinsausgaben laut Fiskalrat bis zum Jahr 2030; mehr als das Dreifache des Werts von 2022 (4,3 Mrd. Euro). Auch die Zinsquote steigt deutlich, von 1,0 % auf 2,3 % des BIP. Getrieben wird das von den hohen Budgetdefiziten der vergangenen Jahre sowie davon, dass günstige Anleihen aus der Niedrigzinsphase nun zu deutlich höheren Sätzen refinanziert werden müssen. Mit durchschnittlich 10,4 % pro Jahr wachsen die Zinsausgaben schneller als jede andere Budgetposition und engen den Spielraum weiter ein.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen" erscheint 6 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, IV-Burgenland/Emmerich Mädl, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Günther Langegger , IV-OÖ/Tatiana Böcksteiner, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija Kanizaj und Thomas Luef, IV-Tirol/Schreier, IV-Vorarlberg/ORF, VN, NEUE, Krone, WPA, 7ProTV, IV-Wien/LeSteve/eventframes.at

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: IV, Grafik: Selektiv

Talent moves, Europe wins: Internationale Fachkräfte gezielter anwerben

In Alpbach standen für die Industriellenvereinigung die Fachkräfte im Zentrum. In den nächsten zehn bis zwölf Jahren könnten in Österreich demografisch bedingt rund 540.000 Arbeitskräfte fehlen.

Österreich steuert auf eine massive Fachkräftelücke zu: In den nächsten zehn bis zwölf Jahren könnten dem Arbeitsmarkt demografisch bedingt rund 540.000 Arbeitskräfte fehlen. Gleichzeitig verliert das Land gut integrierte internationale Talente – genau jene Menschen, die Wirtschaft, Forschung und Innovation dringend brauchen. Migration muss daher als Teil der Fachkräftelösung verstanden werden; internationale Fachkräfte brauchen klare Perspektiven, rasche Verfahren und ein attraktives Arbeits- und Lebensumfeld.

Auf Basis zweier Policy-Analysen der Internationalen Organisation für Migration formuliert die IV sechs Empfehlungen:

1. Bindung vor Anwerbung: Die Bindung internationaler Arbeits- und Fachkräfte, die bereits in Österreich leben, muss politische und gesellschaftliche Priorität werden. Zwischen 2011 und 2023 haben 170.000 gut integrierte Zugewanderte Österreich wieder verlassen.
2. Schnellere Anerkennung von Qualifikationen: Der Weg zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss einfacher und schneller werden. Derzeit arbeiten mehr als 40 Prozent der Drittstaatsangehörigen in Österreich unter ihrem Qualifikationsniveau.
3. Internationale Studierende als Zielgruppe: Mehr als die Hälfte der internationalen Bachelorabsolventinnen und -absolventen verlässt Österreich binnen drei Jahren. Diese Gruppe muss aktiv gewonnen werden.
4. Gezieltere Anwerbung und einfachere Rot-Weiß-Rot-Karte: Derzeit überschreitet ein Viertel der Verfahren die gesetzliche Frist.
5. Österreichweites Skills-Monitoring: Eine Skills Agency soll evidenzbasierte Grundlagen für die Fachkräftepolitik liefern.
6. Rasche Fachkräftestrategie: Die von der Regierung angekündigte Fachkräftestrategie muss rasch beschlossen und konsequent umgesetzt werden.

Auch beim Europäischen Forum Alpbach widmete die IV dem Thema eine Session mit rund 40 Spitzenvertreterinnen und -vertretern aus Industrie, Wirtschaft und Politik, darunter EU-Kommissar Magnus Brunner, Bildungsminister Christoph Wiederkehr und IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka. Klar wurde: Wer internationale Talente gewinnen und halten will, muss den alltäglichen Umgang mit Zugewanderten, Verwaltung und Arbeitsmarkt zusammendenken. Für den Industriestandort Österreich wird das zur Schlüsselaufgabe.

Expertenmeinung von DIETER DREXEL

Klimagesetz – Gold-Plating der Superlative

Das Klimaziel 2040 ist eine schwere Hypothek für den Standort. Sie betrifft die Industrie sehr wohl – und auch die Menschen, die deutlich mehr für ihren Sprit, für die Heizung ihrer Wohnung und für das tägliche Leben zahlen werden müssen.

Dieter Drexel, IV-Experte für Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie

Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, das seit Jahren diskutierte Klimagesetz, nun aber wirklich, zunächst in Begutachtung zu schicken und in weiterer Folge im Parlament beschließen zu lassen. Ausgangspunkt für den jüngsten politischen Anlauf war das Gezerre um die Dürrehilfen für die Landwirtschaft: Es ist der SPÖ gelungen, kurzfristig notwendige Hilfen für schwer betroffene Landwirte mit einem langfristig hochrelevanten Thema wie dem Klimagesetz zu junktimieren. Mittlerweile wurden um diese beiden Themen eine Reihe weiterer Gesetze, etwa das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz oder das CCS-Gesetz, zu einem Paket zur politischen Umsetzung geschnürt, was es naturgemäß schwieriger machen soll, einzelne inhaltliche Punkte zu lobbyieren.

Bleiben wir beim Klimagesetz und dessen zentralem und alle anderen Aspekte weit überragendem Kernpunkt – dem nationalen Alleingang, bis 2040 Klimaneutralität erreichen zu wollen; und nicht bis zum Jahr 2050, wie sich dies die EU als Ganzes zum Ziel gesetzt hat: Letztlich bedeutet dieses Mega-Gold-Plating eine schwere Hypothek für den Standort und für die Menschen in diesem Land. Das ist der zentrale Grund für die vehemente und auch weiterhin aufrechte Ablehnung dieses politischen Vorhabens durch die IV.

Dabei ist es irreführend zu behaupten, diese Klimaneutralität 2040 gelte nicht für die Industrie – denn auch Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen (und für deren unmittelbare Emissionen weiterhin der EU-Emissionshandel relevant ist), sind natürlich auf Transportleistungen angewiesen, die teurer werden; sie kaufen Vorprodukte und Energie in Österreich ein, die teurer werden; und zahlen Löhne, die aufgrund der getriebenen Inflation ebenfalls teurer werden. Für die überwältigende Vielzahl der produzierenden Unternehmen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, würde 2040 ohnedies voll gelten – mit all den Belastungen, die aus dem Klimagesetz und insbesondere den in weiterer Folge darauf aufbauenden Gesetzen folgen.

Im Übrigen gilt die angesprochene Hypothek auch für die Menschen in unserem Land, die deutlich mehr für ihren Sprit, für die Heizung ihrer Wohnung und für das tägliche Leben zahlen werden müssen.

Die Besonderheit dieser politischen Chuzpe liegt nun darin, dass die Milliarden an Mehrkosten für dieses Gold-Plating der Superlative tatsächlich keinerlei (in Zahlen: 0) Nutzen für das Klima bedeuten. Österreich ist Teil der EU und damit Teil der EU-Klimaverpflichtung gegenüber den Vereinten Nationen und dem Paris-Prozess; und Österreich ist Teil der Klimaverpflichtung der EU in ihrem Innenverhältnis mit der im EU-Klimagesetz verankerten Zielsetzung, bis 2050 klimaneutral zu sein. Wenn also Österreich bereits 2040 klimaneutral ist, bedeutet das lediglich, dass andere Staaten in der EU etwas mehr Spielraum für eigene Emissionsreduktionen bekommen – die EU wird deshalb dennoch erst bis 2050 klimaneutral –; dem Klima hat der Sonderweg Österreichs also nichts gebracht.

Das Bekenntnis der IV zur Transformation des Energiesystems steht bei alledem außer Streit. Auch wenn das Ziel der Klimaneutralität im gesamteuropäischen Rahmen bis 2050 für die Industrie unglaublich anspruchsvoll ist – ist es zumindest mehr als ein teures politisches Hirngespinst.

Fotos: Adobe Stock, BMLUK-Hemerka

Industriestrategie: Drei neue FTI-Maßnahmen auf den Weg gebracht

„Leading Companies“ werden bei Forschung und Entwicklung unterstützt und die Förderagenturen an Schlüsseltechnologien ausgerichtet.

Anfang September wurde das neue FFG-Programm „Leading Companies“ vorgestellt, das global agierende und führende Unternehmen bei der Ausweitung ihrer F&E-Aktivitäten und beim Aufbau leistungsfähiger Innovationsökosysteme unterstützt. Die „Leading Company“ definiert dabei eine technologiegetriebene F&E-Roadmap zur Erschließung von Zukunftsmärkten, aktiviert das Ökosystem und bringt über die Förderungen hinaus substanzielle Eigeninvestitionen ein.

In Phase 1 des Programms ist die Vorbereitung einer F&E-Roadmap im Fokus (Einreichfrist: 30.11.2026); danach werden die ausgewählten Roadmaps vertieft und Ökosysteme aufgebaut. In Phase 2 (ab Herbst 2027) gehen die Projekte in Umsetzung. Insgesamt stehen 60 Mio. € zur Verfügung.

Entscheidend ist aus Sicht der IV, Instrumente und Maßnahmen zu einzelnen Schlüsseltechnologien gut aufeinander abzustimmen, um geballte Kraft entwickeln zu können. Dazu zählt auch, die themenoffenen FFG-Basisprogramme konsequent fortzuführen und auszubauen.

Anfang September wurden weitere FTI-Maßnahmen aus der Industriestrategie in Umsetzung gebracht: Die Förderagenturen FFG, aws, CDG und ABA werden an einem Leitbild 2030 ausgerichtet, das neun Handlungsfelder umfasst, u. a. die Ausrichtung auf die definierten neun Schlüsseltechnologien, die Erprobung des Prinzips „Made in Europe“ in geeigneten Instrumenten, eine verbesserte Organisation der Marktüberleitung, die Anwendung des Once-only-Prinzips und ein gemeinsamer internationaler Auftritt.

Schließlich wird mit dem geöffneten Fördercall (Einreichung bis 7.10.2026) für die Teilnahme am „Important Project of Common European Interest on Advanced Semiconductor Technology (IPCEI AST)“ eine der strategischen Schlüsselmaßnahmen der Industriestrategie in Umsetzung gebracht. Dafür stehen für Österreich 80 Mio. € zur Verfügung.

Technology Talks Austria 2026: Mutige Zukunftsinvestitionen

Die Tech Talks widmeten sich der Frage, wie Europa wissenschaftliche Exzellenz in technologische Stärke, industrielle Wertschöpfung und strategische Resilienz übersetzen kann.

Bei den Technology Talks Austria 2026 lag im September unter dem Leitthema „Empowering Europe: Technological Leadership for a Resilient Future“ mit mehr als 1.000 Teilnehmern aus Industrie, Forschung und Politik der Fokus darauf, wie Europa wissenschaftliche Exzellenz in industrielle Wertschöpfung und strategische Resilienz übersetzen kann.

IV-Präsident Georg Knill betonte in seiner Eröffnung, dass Europa angesichts des globalen Technologiewettbewerbs wieder zum aktiven Gestalter seiner Zukunft werden müsse. Trotz des hohen Drucks investieren Leitbetriebe weiterhin massiv in F&E und übernehmen unternehmerisches Risiko; zwei Drittel der österreichischen Forschungsausgaben werden von Unternehmen getragen. „Damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich und Europa bleiben, brauche es jetzt konsequenten Fokus auf Forschung, Technologie und Innovation und mehr Tempo bei der Umsetzung der Industriestrategie“, so Knill.

Der von der Industriellenvereinigung organisierte Arbeitskreis „Taking the Quantum Leap: How can Europe become the industrial powerhouse of quantum technologies?“ brachte Perspektiven aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Start-ups zusammen. Herausragende Grundlagenforschung eröffnet zunehmende Möglichkeiten für konkrete industrielle Anwendungen; weltweit wird massiv in Quantentechnologien investiert. Der EU Quantum Act, den die EU-Kommission im zweiten Halbjahr vorlegen wird, soll die Rahmenbedingungen in Europa setzen. IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka betonte, es brauche mutige Ziele für weltweit skalierbare Produkte in Quantentechnologien. Ein Beispiel: Europa soll bis 2030 den ersten Quantencomputer der nächsten Generation auf den Markt bringen.

Beim IV-CEO-Industriefrühstück mit Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner, Bundesminister Peter Hanke, Staatssekretärin Elisabeth Zehetner sowie CEOs führender Technologieunternehmen standen die Prioritäten bei der Umsetzung der Industriestrategie und anstehende FTI-politische Weichenstellungen im Mittelpunkt. Gefordert wurden klare Schwerpunkte bei Schlüsseltechnologien und zugleich die Stärkung themenoffener Instrumente wie der Forschungsprämie, der FFG-Basisprogramme und der Christian Doppler Labore sowie die Absicherung des Fonds Zukunft Österreich; ebenso wie der Einsatz für ein starkes EU-Forschungsrahmenprogramm mit mindestens 200 Mrd. Euro. Zudem gelte es, den Startup- und Scaleup-Dachfonds nach internationalem Vorbild rasch umzusetzen.

Europas technologische Stärke entsteht dort, wo exzellente Forschung rasch in industrielle Anwendungen und skalierbare Lösungen überführt wird. Die IV fordert daher, dass Österreich und Europa gezielt in Schlüsseltechnologien investieren, den Technologietransfer beschleunigen und den Risikokapitalmarkt stärken müssen.

Fotos: Adobe Stock, Markus Prantl

Entscheidender Baustein für Wachstum und Vorsorge

Wenn Österreich den Kapitalmarkt für die private Vorsorge attraktiver macht, hat das gleich mehrere positive Effekte: Vorsorgelücken werden geschlossen, das staatliche System wird entlastet – und nicht zuletzt wird der Kapitalmarkt zur Finanzierung von Innovation und Wachstum gestärkt.

Im Sommer ist sie kurz aufgeflammt, die Debatte rund um eine Behaltefrist – aufgebracht von der ÖVP, unterstützt von den Neos, allerdings gegen den Widerstand der SPÖ nicht durchsetzbar, zumal sie auch nicht im Regierungsprogramm steht. Fast überraschend startete die ÖVP nun mit dem „Zukunftsdepot" in den politischen Herbst: Für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr soll ein spesen- und gebührenfreies Anlagedepot geschaffen werden, mit dem jährlich bis zu 5.000 Euro spesen- und gebührenfrei angelegt werden können. Das Kapital bleibt dabei aber ausnahmslos bis zum 18. Geburtstag des Kindes gesperrt, Kursgewinne bis zum 18. Geburtstag sind gänzlich von der Kapitalertragssteuer (KESt) befreit – danach anfallende Gewinne müssen ganz normal versteuert werden. Auch bei vergleichsweise niedrigen Sparbeträgen von monatlich 50 Euro könnte so bis zum 18. Geburtstag des Kindes ein Vermögen von 21.000 Euro anwachsen.

Die budgetären Folgen des Zukunftsdepots wären gering: Die teilnehmenden Banken würden die Spesen und Gebühren nicht ersetzt bekommen, hier würden dem Staat jedenfalls keine Kosten entstehen, so ÖVP-Familienministerin Claudia Bauer – der Vorteil des Zukunftsdepots bestehe für die Banken in langfristiger Kundenbindung. Ministerin Bauer plant darüber hinaus ein „Startguthaben" für das Zukunftsdepot: Zum Kostenpunkt von rund 40 Mio. Euro sollen allen 2027 geborenen Kindern 500 Euro an Guthaben bei Einrichtung eines Zukunftsdepots zuteilwerden.

Die Volkspartei will sich zwar weiterhin für die Wiedereinführung einer allgemeinen Behaltefrist einsetzen, in der derzeitigen Regierungskonstellation scheint das jedoch nicht möglich. Das Zukunftsdepot wäre aber bereits ein Schritt in diese Richtung, denn immerhin gäbe es dann eine Behaltefrist für Kinder und Jugendliche. „Und das könnte zu einem gesellschaftlichen Umdenken beitragen: weg von der Wahrnehmung des Kapitalmarkts als Instrument für Spekulation, hin zu einem stärkeren Bewusstsein für dessen langfristige Ertragschancen und den Nutzen dieser Gewinne für die breite Gesellschaft. Die Wiedereinführung der allgemeinen Behaltefrist ist der nächste logische Schritt", so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Deutschland: Vorsorgedepot für alle

In Deutschland geht das staatlich geförderte Vorsorgedepot bereits einen Schritt weiter als das Zukunftsdepot in Österreich: Mit Jahresstart 2027 gibt es in Deutschland ein gefördertes Altersvorsorgedepot für alle – ohne Beitragsgarantie kann dann in ETFs, Fonds und ELTIFs investiert werden; die Anbieterkosten sind auf ein Prozent pro Jahr gedeckelt. Gefördert werden bis zu 1.800 Euro Jahreseinzahlung mit einer gestaffelten Zulage von bis zu 540 Euro, eine steuerbegünstigte Aufzahlung ist bis 6.840 Euro möglich. Für Kinder ab sechs Jahren zahlt der Staat über die geplante Frühstart-Rente zusätzlich zehn Euro monatlich ein. Parallel dazu empfiehlt die Alterssicherungskommission in ihrem Bericht eine kapitalgedeckte Komponente in der ersten Säule der gesetzlichen Rentenversicherung: Ab 2028 soll ein über zusätzliche Lohnnebenkosten finanzierter Beitrag in einen individuellen Kapitalstock fließen. Ob das wirklich kommt, ist noch offen, bisher gibt es zumindest ein klares Bekenntnis. Der Koalitionsausschuss beschloss Anfang Juli, alle 33 Kommissionsempfehlungen umzusetzen. Das Gesetzgebungsverfahren soll laut Bundeskanzler Merz noch 2026 abgeschlossen werden.

„Ein starker Kapitalmarkt ist unabdingbar, wenn wir den nächsten Aufschwung finanzieren wollen."

In eine ähnliche Kerbe schlägt der Vorschlag von Bundeskanzler Stocker, einen Staatsfonds einzurichten, der seine Gelder am Kapitalmarkt veranlagt und dessen Erträge die staatlichen Beiträge zu den Pensionen stützen sollen. Anders als in Deutschland will Stocker das aber nicht über Lohnnebenkosten finanzieren und individuell gestalten, sondern den Fonds aus Dividenden der Staatsbeteiligungen speisen; als Vorbild dient Norwegen. „Das wäre allerdings keine Lösung des strukturellen Finanzierungsproblems – ein solcher Fonds kann ein Beitrag sein, begleitet von längst überfälligen Strukturreformen des Pensionssystems", so IV-Generalsekretär Neumayer. Wäre er bereits 2015 nach norwegischem Vorbild gestartet worden, läge das Vermögen 2026 bei rund sieben Milliarden Euro, wie Berechnungen des Wirtschaftspolitik-Mediums Selektiv ergeben haben. Bei sechs Prozent Rendite ab 2027 läge das Vermögen 2032 bei 15,4 Milliarden Euro und 2041 bei rund 35 Milliarden. Derzeit schießt der Staat den Pensionen aus dem Bundesbudget rund 33 Milliarden Euro jährlich zu.

Bei der zweiten Säule des Pensionssystems, der betrieblichen Vorsorge, konnte sich die Regierung bereits auf eine Reform einigen. Kernstück ist ein neues Standardprodukt der Pensionskassen: Beschäftigte können ihre Ansprüche aus der „Abfertigung neu" künftig freiwillig und kostenfrei in eine Pensionskasse übertragen – unabhängig davon, ob der eigene Arbeitgeber eine entsprechende Lösung anbietet. Ergänzend entsteht ein neues, freiwilliges Veranlagungsmodell ohne Kapitalgarantie, das höhere Ertragschancen eröffnen soll. Der Nachholbedarf ist beträchtlich: Während hierzulande nur rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Pensionskassen veranlagt sind, liegt dieser Wert in Dänemark bei etwa 206 Prozent.

Fast jeder Dritte besitzt Wertpapiere

Das Interesse der Bevölkerung am Kapitalmarkt ist dabei durchaus vorhanden: Daten des Aktienforums zeigen, dass mittlerweile rund 2,4 Millionen Österreicher Wertpapiere besitzen, das ist fast jeder Dritte. Unter den Wertpapierbesitzern sind Investmentfonds und Aktien die beliebtesten Anlageformen; Anleihen sind weniger beliebt, ihr Anteil steigt jedoch in den letzten Jahren an. Weitere 1,4 Millionen Österreicher können sich grundsätzlich vorstellen, in Wertpapiere zu investieren. Im internationalen Vergleich zeigt sich jedoch, dass Verbesserungspotenzial besteht: Österreich liegt beim Aktienbesitz unter dem EU-Schnitt. Ein großes Hindernis ist hier fehlendes Finanzwissen und die weitverbreitete Skepsis, der Kapitalmarkt sei zu risikoreich und rein spekulativ. Auch deshalb liegt weiterhin mehr Geld in Sparbüchern als in Wertpapieren.

„Ein tieferer Kapitalmarkt würde nicht nur der privaten Vorsorge der Österreicher zugutekommen, sondern auch den österreichischen Unternehmen, dem Wirtschaftswachstum und damit dem gesamten Standort", sagt Neumayer. Österreichs Unternehmensfinanzierung ist stark kreditbasiert – für Wachstums- und Technologieunternehmen, die Eigenkapital brauchen, ist das ein strukturelles Problem: In der Europäischen Union waren die Venture-Capital-Investitionen zuletzt zehnmal niedriger als in den USA – europäische Startups suchen Kapital oft im Ausland oder verlagern ihren Sitz dorthin. Die Kapitalmarktunion soll das ändern. „Ob der politische Wille dazu reicht, wird sich zeigen – sowohl in Österreich als auch auf EU-Ebene. Die Zeit drängt jedenfalls, denn ein starker Kapitalmarkt ist unabdingbar, wenn wir den nächsten Aufschwung finanzieren wollen", sagt der IV-Generalsekretär abschließend.

„Europa verfügt über enormes privates Vermögen“

In Österreich fehlt es im Vergleich zu nordischen Ländern an einer stärkeren Kapitalmarktkultur – aber auch auf EU-Ebene muss sich etwas bewegen.

Wo liegen die größten Herausforderungen für den österreichischen Kapitalmarkt?
Angelika Sommer-Hemetsberger: In Österreich hat sich bereits einiges getan – aber im europäischen Vergleich zu nordischen Staaten wie Dänemark und Schweden fehlt es an einer stärkeren Kapitalmarktkultur. Davon verdienen 1,3 Millionen Menschen weniger als 3.000 Euro netto. Österreich ist noch immer sehr stark vom klassischen Sparbuch- und Einlagendenken geprägt. Wir haben hohe private Ersparnisse, aber vergleichsweise wenig davon fließt in produktive Kapitalmarktinvestitionen. Damit verzichten wir auf zwei Dinge: auf langfristige Renditechancen für die Menschen und auf Eigenkapital für unsere Unternehmen.

Was braucht es, damit der Kapitalmarkt für mehr Österreicher attraktiv wird?
Hier gab es in den letzten Jahren große Sprünge nach oben. Unser einmal jährlich erhobenes Aktienbarometer zeigt, dass mittlerweile mehr als ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher Wertpapiere besitzen. Das Thema Wertpapiere und Kapitalmarkt ist also in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Damit der Kapitalmarkt attraktiver wird, braucht es drei Dinge: Erstens mehr Finanzbildung – und zwar möglichst früh. Zweitens: einfache und verständliche Möglichkeiten zum langfristigen Investieren. Und drittens entsprechende steuerliche Anreize für langfristige Vorsorge und Vermögensbildung.

Besonders wichtig ist es, früh anzusetzen – wenn Menschen schon in jungen Jahren Erfahrungen mit langfristigem Investieren machen, entsteht über Jahrzehnte eine andere Anlagekultur. Ein Zukunftsdepot für Kinder und Jugendliche kann hier ein wichtiger Baustein sein.

Welche Rolle kann der Kapitalmarkt bei der privaten Altersvorsorge spielen?
Eine sehr wichtige – allerdings als Ergänzung zur gesetzlichen Pension und nicht als deren Ersatz.

Wer über 20, 30 oder 40 Jahre regelmäßig und breit diversifiziert investiert, kann am Wachstum und an der Wertschöpfung von Unternehmen teilhaben und zusätzliches Vermögen für das Alter aufbauen.

Österreich nutzt dieses Potenzial bislang viel zu wenig. Auch die betriebliche Altersvorsorge ist im Vergleich zu Ländern mit stärker kapitalgedeckten Systemen relativ wenig ausgeprägt. Deshalb sollten wir die drei Säulen unseres Pensionssystems besser ausbalancieren: eine starke gesetzliche Pension, ergänzt durch eine leistungsfähigere betriebliche und private Vorsorge.

Welche Bedeutung hat ein stärkerer Kapitalmarkt für Österreichs Wirtschaft und Unternehmen?
Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist ein wesentlicher Standortfaktor – Unternehmen brauchen Kapital, um zu investieren, zu wachsen, Innovationen zu finanzieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Banken bleiben der zentrale Finanzierungspartner, aber gerade für innovative und schnell wachsende Unternehmen reicht Fremdkapital alleine oftmals nicht aus; sie brauchen Eigen- und Risikokapital. Die EU-Kommission weist darauf hin, dass ein erheblicher Teil des zusätzlichen europäischen Investitionsbedarfs innovative Unternehmen und KMU betrifft, die nicht ausschließlich über Banken finanziert werden können.

Es geht daher nicht um Kapitalmarktpolitik als Selbstzweck: Ein stärkerer Kapitalmarkt bedeutet mehr Investitionen, mehr Innovation, mehr Wachstum – und letztlich mehr wirtschaftliche Resilienz im Falle von Krisen.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Reform der betrieblichen Altersvorsorge – und wo besteht noch Handlungsbedarf?
Die Reform geht mit einer stärkeren Öffnung der zweiten Säule bereits in die richtige Richtung. Hier darf man aber jetzt nicht stehen bleiben, weitere Schritte müssen folgen – denn nur rund jeder vierte Erwerbstätige erhält derzeit oder künftig eine Leistung aus einer Pensionskasse. Genau hier liegt langfristig großes Potenzial. Unser Ziel sollte sein, dass möglichst viele Arbeitnehmer während ihres Erwerbslebens systematisch zusätzliches Pensionskapital aufbauen können. Entscheidend ist dabei der langfristige Veranlagungshorizont: Wer über Jahrzehnte vorsorgt, braucht Rahmenbedingungen, die langfristige, diversifizierte Kapitalmarktveranlagungen ermöglichen.

Wo liegen die Grenzen nationaler Maßnahmen beim Thema Kapitalmarkt – und welche Rolle spielt die europäische Ebene?
Österreich kann national sehr viel tun: bei der Besteuerung, bei der Finanzbildung, bei der Altersvorsorge, bei der Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen und bei den Rahmenbedingungen für private Investitionen. Auf europäischer Ebene ist die Savings and Investments Union ein wichtiger Ansatz. Europa verfügt über enormes privates Vermögen – die entscheidende Frage ist, wie wir mehr davon für Wachstum, Innovation, Transformation und Infrastruktur in Europa mobilisieren können.

Angelika Sommer-Hemetsberger ist Präsidentin des Aktienforums

Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist ein wesentlicher Standortfaktor.

„Brauchen ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken“

Therese Niss, die im Mai 2026 den Vorsitz des IV-Ausschusses für Bildungspolitik übernahm, bringt als Geschäftsführerin der Mitterbauer Beteiligungs GmbH und ehemalige Nationalratsabgeordnete sowohl ihren industriellen Hintergrund als auch ihre politische Erfahrung in diese neue Aufgabe ein. Bildungsfragen sind ihr in allen Funktionen ein Hauptanliegen – nicht zuletzt als Vorständin der MINTality-Stiftung, die seit 2022 Mädchen für Technik begeistert.

Frau Niss, Sie haben den Vorsitz des bildungspolitischen Ausschusses der IV übernommen. Was motiviert Sie zu diesem Engagement und wo wollen Sie Ihre Schwerpunkte setzen?
Therese Niss: Bildung war mir immer schon ein Anliegen und ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit, denn sie ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft aller. Ich freue mich sehr, dass ich das jetzt zentral in der IV einbringen kann. Ich schätze den breiten Zugang der IV sehr – vom Kindergarten über Schule und Berufsbildung bis hin zu Hochschule und Weiterbildung –, denn diese greifen wie Zahnräder ineinander, wenn es darum geht, Kompetenzen für Gesellschaft und Arbeitsmarkt hervorzubringen. Die Elementarbildung z. B. ermöglicht Eltern nicht nur ihr Engagement am Arbeitsmarkt, sie ist auch die beste Prävention gegen Kompetenzlücken und Bildungsabbruch. Wenn ich ein Herzensthema nennen soll, dann ist es wohl MINT – und vor allem, mehr Mädchen dafür zu begeistern.

Täuscht der Eindruck oder hat die Bildungspolitik unter der aktuellen Bundesregierung an Dynamik gewonnen? Wie schätzen Sie die aktuellen Initiativen ein?
Das ist auch mein Eindruck – mit neuen Deutschfördermaßnahmen, dem Chancenbonus für Schulen, neuen Lehrplänen und einem neuen „mittleren Management“ an Schulen wurden vom Bildungsminister schon wichtige Schritte gesetzt. Jetzt gilt es, die vielen weiteren Visionen konsequent umzusetzen; und dabei dürfen die berufliche Bildung und MINT nicht zu kurz kommen.

Mit der MINTality-Stiftung oder zuletzt dem von Ihnen initiierten Cross-Mentoring-Programm sind Sie mehrfache Kooperationspartnerin der IV. Welche Vision einer Verbindung von Industrie und Bildung steht dahinter?
Mit Cross Mentoring bringen wir Schulleitungen und Führungskräfte aus der Wirtschaft in den Austausch; oder mit M:ndset HTL, einem von der IV mitinitiierten MINTality-Projekt, machen wir den Schultyp HTL gemeinsam attraktiver für Mädchen. Es geht immer um einen Austausch auf Augenhöhe, der die Bedürfnisse und Perspektiven aller Seiten ernst nimmt. Wir leisten dabei die Übersetzungsarbeit, und siehe da – dann klappt es sehr gut.

Der Prozess zur Hochschulstrategie 2040 läuft noch bis Anfang 2027 – was sind Ihre Top-Anliegen?
Wir brauchen dringend zukunftsfitte Hochschulen mit klaren Profilen, mehr Exzellenz und einer konsequenten Ausrichtung auf die Bedarfe unseres Standorts. Dazu gehören starke Industriekooperationen, schlanke Strukturen in der Hochschulgovernance und ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken: in der Steuerung, seitens der Lehrenden wie auch von den Studierenden selbst. Österreich kann es sich nicht leisten, dass Studien deutlich länger dauern als im OECD-Schnitt: Laut OECD schließen nur 21 % der

Bachelorstudierenden ihr Studium in der Regelstudienzeit ab, gegenüber 43 % im OECD-Durchschnitt. Unser Ziel müssen mehr hoch qualifizierte Absolventinnen und Absolventen, kürzere Studiendauern und ein System sein, das Leistung, Qualität, Exzellenz und Innovation konsequent fördert.

Aktuelles in Kürze

HTL: Gemeinsam die Technikschule der Zukunft weiterentwickeln

Die HTL ist ein Erfolgsmodell des Industriestandorts Österreich – gleichzeitig liegt der Mädchenanteil in den Technikschulen vielerorts weiterhin nur bei rund 20 Prozent. Mit der Initiative m:ndset HTL treiben Industriellenvereinigung, die MINTality Stiftung und mittlerweile knapp 30 HTLs einen österreichweiten Veränderungsprozess voran: Ziel ist es, HTLs mädchenfreundlicher zu gestalten und mehr junge Frauen für Technik und Innovation zu gewinnen.

Im Zentrum stehen die m:ndset Groups, in denen Direktion, Lehrkräfte, Schülerinnen und Unternehmenspartner gemeinsam Projekte entwickeln und umsetzen. IV-Mitgliedsunternehmen sind nunmehr eingeladen, sich über HTL-Kuratorien und bestehende Schulkooperationen aktiv einzubringen. Gemeinsam können so Rahmenbedingungen geschaffen werden, die mehr Mädchen für technische Bildungswege begeistern und langfristig die Fachkräftebasis stärken.

Parallel dazu arbeitet das Bildungsministerium an neuen HTL-Lehrplänen, die ab 2027/28 gelten sollen. Die IV begleitet diesen Prozess und organisiert Austauschformate zwischen Industrie und Bildungsministerium, um den Unternehmen die Mitgestaltung der Zukunft der Technikschule zu ermöglichen.

INFORMATION:

Kontakt zur Mitwirkung:
wolfgang.haidinger@iv.at und
viktor.fleischer@iv.at

m:ndest HTL: Mitwirkende Schulen (Stand September 2026)

Wien	HTL Traun	Kärnten
Camillo Sitte Bautechnikum	HTL Grieskirchen	HTL Ferlach
HTL Spengergasse	Salzburg	HTL Villach
HTL Wien West	HTL Saalfelden/Pongau	HTL Wolfsberg
TGM Wien	Steiermark	Vorarlberg
Burgenland	HTL Kaindorf	HTL Bregenz
HTL Eisenstadt	HTL Kapfenberg	HTL Dornbirn
HTL Pinkafeld	HTL Leoben	HTL Rankweil
Niederösterreich	HTL Weiz	Tirol/Südtirol
HTL Hollabrunn	HTL Zeltweg	HTL Innsbruck-Anichstraße
HTL Krems	HTL Trieben	HTL Innsbruck-Trenkwalderstraße
Oberösterreich	HBLA Forstwirtschaft Bruck an der Mur	HTL Reutte
HTL Braunau		Technologische Fachoberschule „Max Valier“ Bozen
HTL Steyr		

Reformpartnerschaft Bildung: Bessere Steuerung im Bildungsbereich

Mit der Reformpartnerschaft arbeiten Bund, Länder und Gemeinden an strukturellen Verbesserungen in zentralen Zukunftsbereichen – darunter auch Bildung. Ziel ist es, Zuständigkeiten klarer zu regeln, Doppelgleisigkeiten abzubauen und öffentliche Leistungen effizienter zu organisieren. Im Bildungsbereich wurden zuletzt wichtige Einigungen erzielt. Aus IV-Sicht besonders erfreulich sind das geplante Bundesqualitätsrahmengesetz für die Elementarpädagogik mit bundesweit verbindlichen Mindestqualitätsstandards, das Prinzip „Personal aus einer Hand“ an Schulen, mehr Autonomie für Schulleitungen sowie die Modernisierung und Vereinheitlichung der digitalen Schulverwaltung.

Die Industriellenvereinigung hat sich im Vorfeld mit klaren Positionen eingebracht; viele zentrale Anliegen wurden aufgegriffen. Damit ist ein wichtiger Schritt gelungen – für bessere Bildung, mehr Vergleichbarkeit und eine stärkere Fachkräftesicherung. Entscheidend ist nun die rasche gesetzliche Umsetzung. Die IV wird sich dafür einsetzen, dass sich diese Einigung nun auch in konkreten gesetzlichen Änderungen widerspiegelt.

Fotos: Nadine Story, Katharina Schiffl, IV

Pension Overshoot Day: Heuer schon am 10. August

Seit diesem Tag ist Österreichs Pensionssystem heuer rechnerisch auf Steuergeld angewiesen – so früh wie noch nie.

Seit dem 10. August ist Österreichs Pensionssystem heuer rechnerisch auf Steuergeld angewiesen. An diesem Tag waren die Pensionsbeiträge eines ganzen Jahres aufgebraucht – seither springen die Steuerzahler ein, heuer mit rund 34,1 Milliarden Euro oder 240 Millionen Euro pro Tag. Der Pension Overshoot Day, den die Junge Industrie jährlich erhebt, macht sichtbar, was in der Pensionsdebatte gerne im Ungefähren bleibt: Das Umlagesystem trägt sich längst nicht mehr selbst und die Rechnung landet bei jenen, die heute einzahlen.

Die Berechnung beruht auf dem Mittelfristgutachten der Alterssicherungskommission vom November 2025. Das Ergebnis? Der Stichtag rückt Jahr für Jahr nach vorne: vom 19. August 2023 über den 16. August 2024 und den 12. August 2025 auf heuer den 10. August. Damit fiel der Pension Overshoot Day erstmals noch vor den Tag der Jugend, was einer gewissen Ironie nicht entbehrt: Noch bevor der Internationale Tag der Jugend beginnt, ist das Geld für deren Pensionen bereits verbraucht. Ohne Reformen wandert der Stichtag laut Gutachten bis 2030 auf den 5. August.

Hier stellt sich die Frage: Wie soll sich das ausgehen? Auf die klaffende Lücke wies JI-Bundesvorsitzender Eduard Fröschl auch vor der Großbaustelle der Pensionsversicherungsanstalt im zweiten Wiener Gemeindebezirk hin. Zwischen Kran und Gerüst wird dort kräftig in das neue Gebäude investiert – während dem Pensionssystem rechnerisch das Geld ausgeht; treffender lässt sich die Schieflage kaum darstellen. Zusätzlich machte medial dieses Jahr auch erstmals eine breite Allianz junger Industrie- und Wirtschaftsvertreter auf die markante Schieflage aufmerksam; ein Schulterschluss jener Generation, die das System aktuell finanziert.

Die Stoßrichtung ist klar: Es braucht Reformen im Umlagesystem und einen ehrlichen Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge. Dass mit Zukunftsdepot und Staatsfonds-Debatte zuletzt Bewegung in das Thema gekommen ist, zeigt, dass sich Beharrlichkeit auszahlt. Der nächste logische Schritt: eine allgemeine Behaltefrist – damit sich langfristige Vorsorge am Kapitalmarkt für alle lohnt.

JI-Bundesvorsitzender Eduard Fröschl vor der Baustelle der Pensionsversicherungsanstalt: „Wie soll sich das ausgehen?“

Sommerwochenende in der Wachau

Mitte Juni kamen JI-Mitglieder aus ganz Österreich in der Wachau zusammen – zum Sommerwochenende 2026 zwischen Weinbergen, Donau und guten Gesprächen. Den Auftakt machte bereits am Freitag der Leaders Circle: Bundesvorsitzender Eduard Fröschl gab einen Einblick in die inhaltlichen Schwerpunkte der kommenden Monate; im Austausch mit Unternehmer Stephan Zöchling wurde über Industrie, Standort und Unternehmertum diskutiert. Das offizielle Programm eröffnete eine Betriebsbesichtigung bei Winzer Krems, bevor es weiter in die Wachau ging: auf den Loibenberg, mit der Zille über die Donau und am Abend zur Sonnwendfeier. Für inhaltlichen Input sorgte der Impulsvortrag von Startup-Gründerin Anna Marton, organisiert von der Landesgruppe Niederösterreich/Burgenland. Vor allem aber blieb Zeit für das, was die Junge Industrie ausmacht: Begegnung und Austausch über Bundesländergrenzen hinweg. Die Vorfreude auf das nächste Wiedersehen – bei der Bundestagung in Leoben Anfang Oktober – ist damit garantiert.

JI-Mitglieder aus ganz Österreich beim Sommerwochenende 2026 in der Wachau.

Fotos: Stefan Simonovic, JI-NÖ/Bgld, JI

SEKT, KAVIAR UND EINE LEBER-KÄSSEMMEL

Im Sommer ist ein Ruck durch die Wirtschaftskammer gegangen. Durch Medienberichte wurde bekannt, was manche Personen in der Wiener Wirtschaftskammer über ihre Mitglieder in der Industrie so denken. „Vom Kaviar-Frühstück kommend in den Sektbrunch“, hieß es da – garniert mit Vokabeln, die ich nicht unbedingt wiederholen möchte.

Ich habe dabei an mein eigenes Frühstück in dieser Woche gedacht: eine Leberkässemmel und ein schwarzer Kaffee, eingenommen um halb acht auf einer Baustelle. Die Tasse dazu haben wir gleich bedrucken lassen: „Kaviarfrühstück. Sektbrunch.“ steht darauf. Wenn einem das Klischee der abgehobenen Industrie schon serviert wird, darf man es mit Selbstironie auch an den Absender zurückgehen lassen.

Aus dieser Tasse ist mehr geworden: die „JI Breakfast Challenge“. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Österreich zeigten seither, wie ihr Tagesstart tatsächlich aussieht – in der Werkshalle, der Produktion oder auf der Baustelle. Kein Kaviar weit und breit – dafür Menschen, die früh aufstehen, Verantwortung für ihre Teams tragen und sich jeden Tag im Wettbewerb behaupten. Es ist die beste Antwort auf eine solche Polemik: einfach zeigen, wie es wirklich aussieht.

Die Sache bleibt jedoch ernst: Die Wirtschaftskammer braucht eine echte und tiefgreifende Reform – schlankere Strukturen statt Doppelgleisigkeiten, Transparenz bei Bezügen und Spesen und spürbar niedrigere Umlagen für die Mitglieder, die das alles bezahlen. Eine personelle Veränderung ist noch keine Reform. Und die Reformbemühungen dürfen die heiklen Fragen nicht liegen lassen – dafür setzen wir uns als JI auch weiterhin ein.

Denn die junge Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern hat wenig übrig für Grabenkämpfe zwischen Institutionen. Sie will wissen, ob sich Leistung noch lohnt und ob ihre Beiträge sinnvoll und zweckmäßig eingesetzt werden. Darüber sollten wir streiten – gerne auch zugespitzt, aber miteinander statt übereinander.

Zum Beispiel bei einem Frühstück auf der Baustelle, morgens um halb acht. Die Leberkässemmel geht gerne auf mich. Der Kaviar bleibt daheim – den hat aber ohnehin keiner von uns im Kühlschrank. Bon appétit!

Eduard Fröschl,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Tag der NÖ Industrie: Wachstum braucht Reformen

Rund 800 Gäste kamen am 15. September nach Grafenegg. Dem Industrieempfang waren am Nachmittag die Ordentliche Vollversammlung und eine erweiterte Vorstandssitzung der IV-NÖ vorausgegangen.

Der Empfang bot Gelegenheit, die Herausforderungen der Betriebe und notwendige Reformen direkt mit politischen Entscheidungsträgern zu besprechen. Zu den Gästen zählten Bundeskanzler Christian Stocker, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer, Staatssekretär Sepp Schellhorn, Landesrätin Susanne Rosenkranz, Landesrat Sven Hergovich, Grünen-Klubobfrau Leonore Gewessler, IV-Präsident Georg Knill und WKÖ-Präsidentin Martha Schultz.

Wohlstand muss erwirtschaftet werden

Wie Österreich wieder wächst und seinen Wohlstand sichert, war die zentrale Frage in der Rede von IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner. „Was wir verteilen wollen, müssen wir zuerst erwirtschaften. Wohlstand, soziale Sicherheit und der Spielraum für Zukunftsinvestitionen setzen eine erfolgreiche Industrie und Wirtschaft voraus."

Dafür brauche es bessere Standortbedingungen: niedrigere Lohnstückkosten und weniger Bürokratie. „Der Bürokratieabbau kostet den Staat kaum etwas, spart den Betrieben aber sofort Zeit und Geld." Auch bei Pensionen, Gesundheit und Verwaltung drängte Ochsner auf rasche Reformen: Mit jedem weiteren Aufschub werde der Gestaltungsspielraum kleiner und das Risiko härterer Maßnahmen größer.

Leistung belohnen, Standort sichern

Die Arbeitszeitdebatte und den Klimaschutz griff Ochsner ebenfalls auf: Österreich müsse sein Arbeitsvolumen erhöhen und dafür sorgen, dass sich zusätzliche Leistung für die Beschäftigten finanziell auszahlt. Beim Klimaschutz gelte es, die Chancen der heimischen Green-Tech-Branche für Wachstum zu nutzen. Nationale Alleingänge, die Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltstandards verdrängen, schwächten hingegen den Standort, ohne dem Klima zu helfen.

Zum Abschluss verdeutlichte Ochsner, weshalb die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weit über die Industrie hinaus von Bedeutung ist: Bleiben Aufträge aus, wird weniger investiert, Arbeitsplätze gehen verloren und Steuereinnahmen sinken. Damit werde es schwieriger, soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Reformen seien deshalb eine Voraussetzung dafür, Österreichs Wohlstand auch für kommende Generationen zu sichern.

01

02

03

04

05

NACH GRAFENEGG: IV-NÖ-PROGRAMM IM HERBST

Nach dem Tag der NÖ Industrie geht es mit einem dichten Programm weiter. Bildung, Nachhaltigkeit, neue Märkte und der Austausch zwischen den Mitgliedern stehen in den kommenden Monaten im Mittelpunkt.

Bereits am **1. Oktober** diskutiert IV-NÖ-Vizepräsidentin **Barbara Ascher** bei den **„Hollabrunner Vorlesungen"** über die Zukunft von Bildung und die Frage, welche Kompetenzen Schule für eine sich wandelnde Arbeitswelt vermitteln muss. Am selben Tag findet auch die Bundestagung der Jungen Industrie statt; am **8. Oktober** folgt die **Vorstandswahl der JI NÖ/Bgld**.

Einen Bildungsschwerpunkt setzt die IV-NÖ am **15. Oktober:** Am **ISTA in Klosterneuburg** werden die **MINT-Gütesiegel** an jene Bildungseinrichtungen verliehen, die sich erneut um die Auszeichnung beworben haben. Organisiert wird die Verleihung gemeinsam mit der Bildungsdirektion Niederösterreich.

Am **20. Oktober** trifft sich die im Frühjahr gegründete **Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit** unter dem Vorsitz von Brantner-GF **Josef Scheidl** zu ihrer zweiten Sitzung. Im Fokus stehen Kreislaufwirtschaft und der Erfahrungsaustausch zwischen den Betrieben. Berater von Compass Lexecon und das KONTEXT Institut für Klimafragen werden exklusive Insights zu den Themen Energiebedarf in NÖ, kritische Rohstoffe und europäische Souveränität geben.

International wird es von **22. bis 24. Oktober:** Die **Junge Industrie NÖ/Bgld.** reist nach **Warschau** und trifft dort Vertreter von Wirtschaft, Investitionsagenturen und der polnischen IV-Schwesterorganisation Konfederacja Lewiatan. Auf dem Programm steht auch ein Empfang in der österreichischen Botschaft.

Darüber hinaus sind für **Herbst und Winter** weitere **IV-NÖ-Netzwerktreffen in Mitgliedsbetrieben** geplant. Die Idee dahinter: Unternehmen vor Ort kennenlernen, Einblicke in aktuelle Themen und Technologien erhalten und zugleich Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Die Einladungen dazu erfolgen rechtzeitig.

06

07

08

Foto: IV-NÖ/Günther Langegger

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

1. V. l. n. r.: Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer, Nationalratsabgeordnete Leonore Gewessler, IV-Präsident Georg Knill, Bundeskanzler Christian Stocker, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, WKÖ-Präsidentin Martha Schultz, IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner, IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither und WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker.
2. V. l. n. r.: Festgast Stefan Pierer (Pierer Konzerngesellschaft mbH), IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer, IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl.
3. Bundeskanzler Christian Stocker bei seiner Rede zum Auftakt der Veranstaltung.
4. V. l. n. r.: Landtagsabgeordneter Rene Zonschits, Landwirtschaftskammer-NÖ-Präsident Johannes Schmuckenschlager, IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither und Stefan Jauk (Generaldirektor NÖ Versicherung AG).
5. V. l. n. r.: Staatssekretär Sepp Schellhorn, WKÖ-Präsidentin Martha Schultz und IV-Präsident Georg Knill am Panel.
6. V. l. n. r.: Landwirtschaftskammer-NÖ-Präsident Johannes Schmuckenschlager, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner.
7. IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither und Oliver Lehmann (Institute of Science and Technology Austria).
8. Volles Haus: Die Gäste verfolgten das Panel zum Auftakt des Industrieempfangs in Grafenegg.
9. V. l. n. r.: Adelheid Adelwöhrer (CEO LBK Gruppe), IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan.
10. V. l. n. r.: Michael und Barbara Battisti (ORF), Karl Schwarz (Geschäftsführer Privatbrauerei Zwettl) und Paul Gessl (ehem. Geschäftsführer NÖ Kulturwirtschaft).
11. Event-Moderatorin Barbara Fleißner vor dem gut besuchten Industrieempfang bei der Reitschule in Grafenegg.
12. Andreas Matthä (Vorstandsvorsitzender ÖBB-Holding AG) und stv. AMS-NÖ-Landesgeschäftsführerin Karmen Frena.
13. Stefan Szyszkowitz (l., CEO EVN AG) und WKNÖ-Obmann der Sparte Industrie Helmut Schwarzl (r., Geschäftsführer Geberit Produktions GmbH & Co KG).
14. Staatssekretär Sepp Schellhorn (l.) und Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (r.).
15. V. l. n. r.: WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, WKÖ-Präsidentin Martha Schultz und IV-Präsident Georg Knill.
16. V. l. n. r.: IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither, Edith Hlawati (Vorstand Staatsholding Österreichische Beteiligungs AG und Aufsichtsrat Telekom Austria AG), Caroline Salzer (Parkos & Salzer Employer Branding Agentur), Thomas Salzer (Salzer Papier GmbH), IV-NÖ-Vizepräsidentin Barbara Ascher (Geschäftsführerin Feller-Neumayer GmbH), WKNÖ-Obmann der Sparte Industrie Helmut Schwarzl (Geschäftsführer Geberit Produktions GmbH & Co KG), Andreas Welser (Welser Profile Austria GmbH) und WKÖ-Generalsekretär Jochen Danninger.
17. IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner bei der Eröffnungsrede.
18. V. l. n. r.: Gerhard Hofer (stv. Chefredakteur „Die Presse“), Andreas Rast (Geschäftsführer „Die Presse“), IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch, Stefan Pierer (Pierer Konzerngesellschaft mbH) und IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl.
19. Musikalische Begleitung von der „Soul Jazzband“.
20. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer.

Fotos: Marius Hoefinger, IV-NÖ/Günther Langegger, IV-NÖ

GEMEINSAM EINE STARKE STIMME

Dass so viele Gäste heuer zum Tag der NÖ Industrie nach Grafenegg gekommen sind, hat mich besonders gefreut. Mein Dank gilt allen IV-Mitgliedern und unseren Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die diesen Abend mit uns verbracht haben.

Dass so viele Unternehmerinnen und Unternehmer dabei waren, zeigt für mich auch, wie geschlossen die niederösterreichische Industrie auftritt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zählt dieser Zusammenhalt umso mehr.

Unsere Betriebe stehen vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen, aber in einem Punkt sind wir uns einig: Österreich braucht wieder bessere Rahmenbedingungen für Investitionen, Arbeit und Wachstum.

Der Tag der NÖ Industrie hat einmal mehr auch gezeigt, wie wichtig der direkte, offene Austausch zwischen Unternehmen und Politik ist. Unsere Erfahrungen aus der Praxis müssen dort gehört werden, wo die Weichen für unseren Standort gestellt werden. Dafür braucht es eine gemeinsame und starke Stimme der Industrie.

Ich nehme aus Grafenegg vor allem eines mit: Die niederösterreichische Industrie ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und ihren Beitrag zu leisten. Gleichzeitig braucht es den Mut zu Reformen – damit Produktion, Innovation und Beschäftigung in Österreich eine Zukunft haben.

Kari Ochsner,
Präsident der IV-Niederösterreich

„Die Politik muss sich viel intensiver mit den Unternehmen auseinandersetzen“

Michael Reiner, CEO und Geschäftsführer, und Alexander Blümel, CFO und Geschäftsführer des neuen IV-NÖ-Mitglieds ESSECCA, sprechen über das wachsende Sicherheitsbedürfnis, die Digitalisierung von Gebäuden, den Standort Niederösterreich – und darüber, wann notwendige Regeln für mittelständische Unternehmen zur Belastung werden.

Wie läuft das Geschäft in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld?
Michael Reiner: Wir bewegen uns in einem Umfeld, in dem Investitionen teilweise verschoben und Budgets sehr genau geprüft werden. Trotzdem sind wir wirtschaftlich gut unterwegs. Wir wachsen gezielt jedes Jahr um acht bis zehn Prozent und werden heuer bei rund 32,5 Millionen Euro Umsatz landen. Bis 2030 wollen wir bei 40 Millionen Euro stehen. Dabei helfen uns auch langjährige Rahmenverträge.

Alexander Blümel: Wir sind auch in einer Branche tätig, der die aktuelle Lage in die Hände spielt – das Sicherheitsbedürfnis ist angesichts der geopolitischen Situation groß; und wir vermitteln Sicherheit.

Wo sehen Sie die größten Wachstumschancen?
Reiner: Ganz klar in der Digitalisierung. Der Markt geht weg von einzelnen Produkten und autarken Systemen, hin zu integrierten Lösungen. Zutrittskontrolle kommuniziert heute etwa mit ERP- oder HR-Systemen. Beginnt jemand neu im Unternehmen, können Zutrittsrechte anhand seiner Rolle automatisch vergeben werden; wechselt die Person die Abteilung, werden alte Rechte entzogen und neue vergeben. Wir analysieren mit den Kunden daher nicht nur Technik, sondern ihre Prozesse. Wir sind nicht nur Türöffner, sondern viel mehr.

Auch das Smartphone wird als Zutrittsmedium wichtiger, ebenso Biometrie und die Vernetzung mit der Gebäudetechnik. Dazu kommen regulatorische Themen wie NIS2. Viele Unternehmen werden sich damit in den nächsten Jahren intensiver beschäftigen müssen.

ESSECCA ist vor allem in Österreich tätig. Welche Rolle spielt Niederösterreich als Standort?
Blümel: Wir sitzen im Industrieviertel südlich von Wien, infrastrukturell geht es kaum besser. Wir haben ein großes Einzugsgebiet, eine hohe Dichte an Unternehmen und Kunden und grundsätzlich gute Voraussetzungen. Niederösterreich erlebe ich als unternehmerfreundlich.

Reiner: Dazu kommen unsere langjährigen und engagierten Mitarbeiter – viele sind seit fünf, zehn, 15 oder 20 Jahren im Unternehmen. Das ist ein wesentlicher Erfolgsgarant. Gleichzeitig spüren wir den Fachkräftemangel, besonders bei Elektrikern und Elektronikern.

Wo liegen die Schwierigkeiten?
Blümel: Eher in der Verwaltung. Bei einem Genehmigungsverfahren für einen Gebäudeteil etwa haben wir alles ordnungsgemäß gemacht – und dann führen Kleinigkeiten dazu, dass man umbauen, mehrfach Nachweise bringen oder Details wegen weniger Millimeter verändern muss. Das ist mühsam und aufwendig.

Wie stark belastet Bürokratie Ihr Unternehmen?
Blümel: Sehr stark. Ich bin teilweise einen halben Tag damit beschäftigt, Formulare, Fragebögen oder Berichte auszufüllen; dort ist etwas abzugeben, da ein Bericht zu machen. Für ein mittelständisches Unternehmen ist das eine echte Belastung, weil wir dafür Arbeitszeit von qualifizierten Leuten verwenden müssen.

Reiner: Dazu kommen Nachweise über Lieferungen, ESG-Berichte oder immer umfangreichere Verträge. Man bekommt einen Auftrag über 5.000 Euro und hat einen 20-seitigen Vertrag dabei. Der administrative Aufwand ist gewaltig.

Ein weiteres Thema ist der Fachkräftemangel. Wo würden Sie ansetzen?
Blümel: Wir haben die Lehre gesellschaftlich über viele Jahre abgewertet – jetzt fehlen uns die ausgebildeten Leute. Der Fokus muss wieder stärker darauf liegen, Lehrlinge auszubilden und Fachkräfte selbst heranzuziehen. Wir haben uns deshalb entschieden, erstmals einen Lehrling auszubilden. Gleichzeitig haben wir erlebt, wie groß schon die Vorbereitung dafür ist und wie viele kleine Hindernisse es gibt.

Reiner: Auch bei den Arbeitszeiten brauchen Unternehmen mehr Flexibilität. Wir überlegen etwa eine Vier-Tage-Woche für Montage- und Inbetriebsetzungspersonal, stoßen aber schnell an starre Grenzen. Im Vertrieb gibt es Abendtermine oder Termine am Wochenende. Die Politik müsste sich viel intensiver damit befassen, wie Unternehmen tatsächlich arbeiten.

Was braucht der Standort Österreich insgesamt?
Blümel: Der Fokus muss wieder stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit gerichtet werden – nicht nur im Vergleich mit Europa, sondern mit Wettbewerbern darüber hinaus. Wir haben in Krisen gesehen, wie abhängig wir bei kritischen Komponenten von Lieferwegen aus Asien sind. Diese Erkenntnis darf nicht immer wieder verschwinden, sobald der unmittelbare Druck nachlässt. Das heißt, dass wir wieder Produzenten zurückholen, dafür aber unternehmer- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen bieten müssen. Wir wollen aus Europa heraus die globalen Regeln in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht mitbestimmen – das kann aber nur funktionieren, wenn wir auch einen entsprechenden wirtschaftlichen Machtfaktor darstellen, um ernst genommen zu werden.

Reiner: Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiekosten, schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie. Die Politik müsste sich viel intensiver mit den Unternehmen auseinandersetzen und fragen: Was braucht ihr? Es geht darum, besser zu berücksichtigen, wie Unternehmen tatsächlich arbeiten und welche Maßnahmen ihren wirtschaftlichen Erfolg sichern.

ZUM UNTERNEHMEN

ESSECCA zählt zu den führenden Unternehmen am österreichischen Sicherheitsmarkt und entwickelt ganzheitliche Lösungen für moderne Gebäude- und Unternehmenssicherheit. Das Leistungsspektrum umfasst elektronische Zutrittskontrolle, Videoüberwachung, Alarmanlagen, Intercom-Systeme sowie intelligente Softwarelösungen zur zentralen Steuerung und Vernetzung. Als Herstellervertreter von SALTO Systems in Österreich verbindet ESSECCA innovative Sicherheitstechnologie mit Beratung, Planung, Umsetzung, Service und Wartung. Kunden aus Industrie, öffentlichem Bereich, Gesundheitswesen, Bildung, Hotellerie und Wohnbau profitieren von individuellen, skalierbaren und zukunftssicheren Lösungen.

Fotos: ESSECCA, ESSECCA/Haemaec